

## Entbürokratisierung im Mittelstand

### Bürokratiekosten mutig senken

**Allein die durch den Bund verursachten Kosten von Informationspflichten beziffern sich für die deutsche Wirtschaft auf eine jährliche Gesamtbelastung von über 31 Mrd. Euro. Dies ist das Ergebnis einer erstmals ermittelten präzisen Kostenmessung. Bestätigt wird: Hauptbetroffene sind kleine und mittlere Unternehmen. Die vor allem von der CSU-Landesgruppe initiierte und von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos in Angriff genommene Offensive zur Entbürokratisierung muss deshalb entschlossen fortgesetzt werden.**

Wie keine andere Regierungskoalition haben sich CDU, CSU und SPD auf den Abbau kostenträchtiger Bürokratie verpflichtet. Mit der Einrichtung eines unabhängigen Normenkontrollrates, der bei neuen Gesetzesvorhaben als eine Art Bürokratie-TÜV fungiert, sowie ersten konkreten Maßnahmen zum Vorschriftenabbau ist die Trendwende zur Entbürokratisierung geschafft. Jetzt kann auf der Grundlage verlässlicher Daten gehandelt werden. Die Belastungen der Betriebe mit vom Staat auferlegten Informationspflichten sind durch die von der Bundesregierung beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenen Studie genau ermittelt.



Ein ermutigendes Zeichen könnte rasch gesetzt werden: Größter einzelner Kostentreiber mit einer jährlichen Gesamtbelastung von über 6 Mrd. Euro ist die Vorschrift, Steuerunterlagen für zehn Jahre aufzubewahren. Die Verlängerung der Aufbewahrungspflicht von sieben auf zehn Jahre geht auf Oskar Lafontaines kurze Amtszeit als Bundesfinanzminister zurück. Im Verhältnis zu den verursachten Kosten hat die längere Aufbewahrungszeit die in sie gesetzten Erwartungen

nicht erfüllt. Die Aufbewahrungspflicht wieder auf sieben Jahre verkürzen - das wäre ein gutes Signal für die Betriebe.

Die Große Koalition hat sich verpflichtet, die Bürokratielasten bis 2011 um 25 % zu reduzieren. Die von der Bundesregierung beschlossene Konzentration auf die insgesamt 50 kostenträchtigsten Meldungen und Informationspflichten schafft die Möglichkeit, schnell voran zu kommen. Genau dies will die CSU-Landesgruppe. Denn Bürokratieabbau gibt wichtige Impulse für Aufschwung und Arbeitsplätze.

Die CSU-Bundesminister Michael Glos und Horst Seehofer gehen mit gutem Beispiel voran. Erste Entlastungen des Mittelstands sowie eine Lichtung der EU-Agrarordnung sind bereits umgesetzt. Dies zeigt: Trotz der Bindungen durch internationales und europäisches Recht hat der deutsche Gesetzgeber genügend Spielräume für eine nachhaltige Bürokratiekostensenkung. Jetzt sind alle Bundesministerien gefordert, konkrete Vorschläge zum Lichten des Paragraphendschungels zu machen.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,*

*alle politischen Maßnahmen müssen sich daran messen lassen, ob sie zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen oder nicht. Diese Maxime, die sich die Partner der Großen Koalition gemeinsam auf die Fahnen geschrieben haben, ist heute so richtig wie zu Beginn unserer Zusammenarbeit. Mit unserer Politik sind unbestreitbare, ja eindrucksvolle Erfolge verbunden. Die Monat für Monat zu verzeichnenden Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit bestätigen unsere politische Prioritätensetzung nachhaltig. Bei immer noch 3,5 Millionen Arbeitslosen gibt es jedoch keinen Anlass, von diesem Kurs abzuweichen.*



*Ein ganz wesentliches Element dieser Politik ist die nachhaltige Senkung der Lohnzusatzkosten. Deshalb reduzieren wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung jetzt auf 3,9 Prozent. Eine weitere Senkung auf 3,5 Prozent ist politisch in der Koalition bereits verabredet. Damit kommen wir unserem Ziel ein großes Stück näher, die Lohnzusatzkosten insgesamt unter die 40-Prozent-Marke zu drücken.*

*Die Folge ist, dass die Beitragszahler, also Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mehr Geld übrig haben, um zu konsumieren und zu investieren. Beides unterstützt die wirtschaftliche Dynamik, die Deutschland seit dem Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung gewonnen hat. Und all das bestätigt, was wir immer gesagt haben: Sozial ist, was Arbeit schafft! Demgegenüber hat die Linksfraktion auch diese Woche im Deutschen Bundestag wieder eine Senkung der Beiträge abgelehnt. Ein solches Verhalten entlarvt das Talkshowgerede der Gysis, Ernsts und Lafontaines dieser Republik als das, was es ist: sozialromantische Schaulustreden ohne Bezug zur Wirklichkeit in diesem Land und ohne Sinn für eine Politik, die den Menschen wirklich dient.*

*Mit freundlichen Grüßen*

Stefan Müller MdB

## Steuer- und Familienpolitik

## „Unternehmen Familie“ steuerlich aufwerten

**Um noch mehr Beschäftigungsanreize in Privathaushalten zu schaffen, soll das Unternehmen „Familie“ steuerlich entlastet werden. Dazu soll nach einem Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Dienstag dieser Woche die gegenwärtige steuerliche Förderung ausgebaut und übersichtlicher gestaltet werden.**

Nach der Steuerreform für gewerbliche Unternehmen soll nunmehr auch das Unternehmen „Privathaushalt“ steuerlich entlastet werden. Kernpunkt des Maßnahmenkatalogs von CDU und CSU: Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen sollen über das bisherige Maß hinaus von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. Insbesondere bei Familien und älteren Menschen besteht ein wachsender Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen. Gerade hier ist eine finanzielle Unterstützung der Haushaltsführung notwendig. Eine verbesserte steuerliche Anerkennung von Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Kinderbetreuung oder der Pflege bedeutete nicht zuletzt eine

erhebliche Aufwertung des „Kleinunternehmens“ Familie.

Die Einzelpunkte des CDU/CSU-Programms zur steuerlichen Förderung des „Unternehmens Familie“:



Geht ein Privathaushalt als Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges oder ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis ein, sollen die Aufwendungen uneingeschränkt von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. Voraussetzung ist, dass das Beschäftigungsverhältnis haushaltsnah ist, es also z.B. der Wohnungsreinigung, der Gartenpflege, der Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen dient. Damit werden Fördertatbestände zusam-

mengelegt und insgesamt verbessert. Insbesondere bei Aufwendungen für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zur Kinderbetreuung tritt eine Verbesserung ein.

In anderen Fällen, in denen der Privathaushalt als Auftraggeber haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nimmt, sollen neben der bisherigen steuerlichen Abziehbarkeit von Kinderbetreuungskosten zwei Drittel der Aufwendungen, maximal 4000 Euro, von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. Der Förder-Wirrwarr zwischen Kinderbetreuungskosten, Pflegeleistungen und sonstigen haushaltsnahen Dienstleistungen soll zugunsten weniger Tatbestände mit einheitlicher Förderung beendet werden.

Der Finanzierungsbedarf für diese Verbesserungen beträgt weniger als 500 Mio. Euro. Nicht berücksichtigt sind hierbei Sekundäreffekte wie Steuermehreinnahmen durch die erhöhte Nachfrage von haushaltsnahen Dienstleistungen.

## Diese Woche

Entbürokratisierung im Mittelstand <b>Bürokratiekosten mutig senken</b>	<b>S. 1</b>
Steuer- und Familienpolitik <b>„Unternehmen Familie“ steuerlich aufwerten</b>	<b>S. 2</b>
Zentrum gegen Vertreibungen <b>Dokumentationszentrum wird Realität</b>	<b>S. 2</b>
Meinungsaustausch mit neuem CSU-Vorsitzendem und neuem Ministerpräsidenten <b>Erwin Huber und Dr. Günther Beckstein in neuen Funktionen erstmals zu Gast bei der CSU-Landesgruppe</b>	<b>S. 3</b>
Terrorismus <b>Mehr Respekt für RAF-Opfer gefordert</b>	<b>S. 3</b>
Verbraucherschutz <b>Mehr Schutz vor Gammelfleisch</b>	<b>S. 4</b>
Zuwanderung <b>Kein Bedarf an „Blue Card“ für Zuwanderer!</b>	<b>S. 4</b>

## IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:  
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders  
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212  
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

## Zentrum gegen Vertreibungen

## Dokumentationszentrum wird Realität

**Die CSU-Landesgruppe begrüßt nachdrücklich die Einigung über die Errichtung eines Dokumentationszentrums gegen Vertreibungen in Berlin. Damit wird eine von der CSU seit langer Zeit unterstützte Forderung in die Realität umgesetzt.**

Dem Bund der Vertriebenen (BdV) kommt das entscheidende Verdienst zu, sich seit Jahren als Vorreiter für die Schaffung eines würdigen Ortes des Gedenkens an Flucht und Vertreibung betätigt zu haben. Es müsste eigentlich selbstverständlich sein, dass der BdV als maßgebliche Organisation der Betroffenen in den Entscheidungsgremien der künftigen Einrichtung vertreten sein wird und an der Konzeption für das Dokumentationszentrum entscheidend mitwirkt. Schließlich gibt es keinen Gedenkort im Land, an dessen Gestaltung die in der Hauptsache betroffenen Opfer nicht beteiligt worden wären.

Durch die nun erzielte Einigung auf ein Stiftungsmodell unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums wird künftig ein wichtiger Teil der deutschen Geschichte in der öffentlichen Erinnerungskultur sichtbar. Die erzwungene Flucht und Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat während und nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten auf diese Weise den ihnen zukommenden Platz im Geschichtsbewusstsein. Damit wird ein deutliches Zeichen für die Ächtung von Vertreibungen zu allen Zeiten und überall in der Welt gesetzt.

## Meinungsaustausch mit neuem CSU-Vorsitzendem und neuem Ministerpräsidenten

# Erwin Huber und Dr. Günther Beckstein in neuen Funktionen erstmals zu Gast bei der CSU-Landesgruppe

**Ihren ersten Besuch einer CSU-Landesgruppensitzung in ihren neuen Funktionen nutzten der CSU-Partei-vorsitzende Erwin Huber und der Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein gestern Abend in der Bayerischen Landesvertretung zu einem ausführlichen Gedankenaustausch zu allen aktuellen bundes- und landespolitischen Themen.**

In seiner Begrüßung betonte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer, dass die CSU auch in veränderter personeller Aufstellung weiterhin den engen Schulterschluss zwischen München und Berlin suchen werde. Schließlich sei das einheitliche Auftreten der CSU auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die entscheidende Voraussetzung für die politische Durchsetzungsstärke der Partei. Das klare Profil der CSU, das sich durch Sachkompetenz, Grundsatztreue und Geschlossenheit auszeichne, werde gerade in der derzeitigen politischen Konstellation einer Großen Koalition dringend benötigt. Um weiterhin für Bayern und das ganze Land erfolgreich sein zu können, müssten alle verschiedenen Kraftzentren der Partei eng und vertrauensvoll zusammenwirken. Dr. Ramsauer betonte das Selbstverständnis der CSU-Landesgruppe, dass in der CSU kein bundespolitisches Thema an den Bundestagsabgeordneten vorbei entschieden werden kann.

Der CSU-Parteivorsitzende Erwin Huber dankte den Landesgruppenmitgliedern für ihre konstruktive Mitwirkung an dem CSU-internen personalpolitischen Meinungsbildungsprozess in den zurückliegenden Monaten. Mit der überaus fairen Art



(v.l.n.r.) Dr. Günther Beckstein, Erwin Huber, Dr. Peter Ramsauer und Hartmut Koschyk

und Weise der Entscheidungsphase in der Frage des CSU-Parteivorsitzes habe die CSU ein beeindruckendes Beispiel für demokratische Kultur in unserem Land gesetzt. Erwin Huber kündigte zudem an, künftig möglichst oft die Diskussion mit der CSU-Landesgruppe zu suchen, um alle

aktuellen bundespolitischen Fragen möglichst eng abzustimmen.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein erläuterte den CSU-Bundestagsabgeordneten seine Beweggründe für die jüngste Bildung seines bayerischen Kabinetts. Mit der Berufung von Georg Fahrenschon zum Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium habe er sich gerne auch des Sachverständes der CSU-Landesgruppe bedient. Wie Erwin Huber kündigte Dr. Beckstein an, verstärkt die Teamarbeit zwischen München und Berlin zu suchen. Gerade mit Blick auf die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen gelte es, alle zentralen Fragen in der Landespolitik nicht allein mit der Landtagsfraktion, sondern eben auch mit der CSU-Landesgruppe zu erörtern. Schließlich würden politische Entscheidungen im Land gleichermaßen den Bundespolitikern und umgekehrt bundespolitische Entscheidungen den CSU-Landespolitikern zugeschrieben.

## Terrorismus

# Mehr Respekt für RAF-Opfer gefordert

**Am Mittwoch gedachten in Berlin mehr als 300 Gäste der Opfer der Terrorgruppe RAF. Initiatoren der Veranstaltung mit dem Titel „Die Freiheit stärken“ waren die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft. Anwesend im Deutschen Historischen Museum waren auch rund 70 Angehörige der mehr als 30 Menschen, die von der Roten Armee Fraktion grausam ermordet wurden.**

Mit der Veranstaltung wollten die Initiatoren ein deutliches Signal gegen die häufig anzutreffende Gedankenlosigkeit der Öffentlichkeit im Umgang mit den Terror-Opfern setzen. Eine solche Gedankenlosigkeit liegt vor, wenn das öffentliche Interesse vielfach mehr den Tätern und ihrer Lebensgeschichte, nicht aber den Opfern und ihren Angehörigen gilt. Hier sind vor allem auch die Medien

zu einer verantwortungsbewussten Berichterstattung aufgefordert.

Es darf nicht verdrängt werden, dass die Entstehung der RAF ohne ein Umfeld, das sie legitimierte oder zumindest billigte, kaum möglich gewesen wäre. Erst die in Kreisen sog. Intellektueller verbreitete „klammheimliche Freude“ über die Opfer des blutigen Terrors musste von der

RAF letztlich sicher als entscheidende Ermutigung für ihre Terrorakte empfunden werden. Auch hieraus sind Leeren zu ziehen: Wer Terror als „politische Waffe“ duldet oder gar mit ihm sympathisiert, ist ein Gegner unserer auf Pluralität und Freiheit basierenden Demokratie. Nicht nur den Terroristen selbst, sondern auch ihren Sympathisanten müssen sich Gesellschaft und Staat energisch entgegenstellen.

## Verbraucherschutz

### Mehr Schutz vor Gammelfleisch

**Mit höheren Bußgeldern, einer neuen Meldepflicht und einer verbesserten Lebensmittelüberwachung will die Große Koalition den Handel mit Gammelfleisch unterbinden. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind durch die so genannten Gammelfleisch-Skandale der vergangenen Zeit verunsichert. Die unionsgeführte Regierungskoalition will das Vertrauen in gesunde Nahrungsmittel wieder herstellen.**

Die Bundesregierung hat auf Vorlage von Verbraucherschutzminister Horst Seehofer eine Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches beschlossen. Darüber hinaus soll die Nahrungsmittelherstellung besser überwacht werden. Das Kabinett stimmte dem Erlass einer Verwaltungsvorschrift zu, die sich mit der Durchführung der amtlichen Überwachung beschäftigt. Damit will die Bundesregierung den Handel mit Lebensmitteln verhindern, die gesundheitsschädlich oder für den Verzehr durch den Menschen nicht geeignet sind. Dazu zählt auch überlagertes Fleisch und so genanntes Gammelfleisch.

#### Höhere Bußgelder und neue Meldepflicht

Erhöhte Bußgelder drohen Unternehmen, die Lebensmittel verarbeiten und in den Handel bringen, die für den Verzehr durch Menschen ungeeignet sind. Die Bußgelder sollen von jetzt 20.000 auf 50.000 Euro erhöht werden.

Von der neuen Meldepflicht sind Lebensmittel- und Futtermittelunternehmen betroffen. Sie sollen künftig einen Lieferanten melden, wenn sie ihn verdächtigen, schlechte oder schädliche Lebens- oder Futtermittel geliefert zu haben.

#### Bessere Überwachung

Das Kernstück der neuen Verwaltungsvorschrift betrifft die Reform der Lebensmittelüberwachung. Gelten sollen künftig das Rotationsprinzip von Kontrollpersonal, das Vier-Augen-Prinzip bei Betriebskontrollen, und ein Nationales Frühwarnsystem. Außerdem wird der Informationsfluss zwischen den zuständigen Länderbehörden und dem Bundesverbraucherschutzministerium verbessert. Aus der unverzüglichen Datenübermittlung der Lebensmittelüberwachung wird künftig ein länderübergreifendes Lagebild erstellt werden können.

## Zuwanderung

### Kein Bedarf an „Blue Card“ für Zuwanderer!

**Das Festhalten der EU-Kommission an ihren Plänen für hochqualifizierte Zuwanderer stößt in der CSU-Landesgruppe auf erhebliche Skepsis und Ablehnung. Anstatt in Anlehnung an die Green-Card der USA eine europäische „Blue-Card“ zu schaffen, sollten überall in Europa die Anstrengungen erhöht werden, drohende Beschäftigungslücken durch eigene Qualifizierungs-Bemühungen zu schließen.**

Durch Veränderungen des deutschen Rechts ist die Zuwanderung Hochqualifizierter nach Deutschland bereits erleichtert worden. Beispielsweise können ausländische Studierende in Deutschland bleiben, wenn sie hier nach dem Studium eine entsprechend qualifizierte Arbeitsstelle finden. Hierfür wird ihnen ein Jahr eingeräumt, um eine ihrer Qualifikation entsprechende Stelle zu finden. Diese neuen Bestimmungen zur Arbeitsmigration bieten bereits ein deutliches Plus an Flexibilität gegenüber früheren Regelungen. Für die Einführung einer „Blue Card“ in Deutschland besteht keine Notwendigkeit.

Neben Erleichterungen im Zuwanderungsrecht hat auch die Bundesagentur für Arbeit reagiert. Um den beklagten Fachkräftemangel bei Ingenieuren zu beheben, verzichtet sie seit Mitte Oktober 2007 bei Bewerbern aus den EU-Beitrittsstaaten auf die individuelle Vorrangprüfung. Gleiches gilt für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen. Mehr kann

in dieser Richtung momentan nicht erwartet werden.

Statt großzügigere Zuwanderungsregelungen zu schaffen, bleibt die Wirtschaft zur Behebung des Fachkräftemangels aufgefordert, Beschäftigte aus ihren Belegschaften sowie aus dem Reservoir von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen ausreichend zu qualifizieren. Die Qualifizierung eigener Arbeitskräfte muss eindeutig Vorrang vor dem Anwerben ausländischer Fachkräfte haben.

Ein Beispiel für die Eigenverantwortung der Unternehmen in Sachen Qualifizierung liefern die bayerischen Arbeitgeberverbände. Sie haben in dieser Woche angekündigt, mit einer Reihe von Modellprojekten gegen den zunehmenden Fachkräftemangel vorzugehen. So sollen in den kommenden beiden Jahren mit einem neuen Weiterbildungsprogramm mindestens 5.000 Arbeitslose und Hilfsarbeiter zu Fachkräften weiterqualifiziert werden,

kündigte der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt am Dienstag in München an.

Die betroffenen Arbeitskräfte sollen dabei gezielt für zuvor gemeldete unbesetzte Stellen ausgebildet werden. Das zunächst an Unternehmen in den Bereichen Metall, Elektro und IT ausgerichtete Programm richtet sich insbesondere an Langzeitarbeitslose und Ausbildungsabbrecher, aber auch an gering qualifizierte Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz sichern wollen. Mit weiteren Projekten will der Arbeitgeberverband gezielt arbeitslose Ingenieure im Alter über 50 Jahren weiterqualifizieren und die Vermittlung arbeitssuchender Ingenieure verbessern. Zusätzlich will der Verband mit einem Wettbewerb für Universitäten und Fachhochschulen gegen die steigende Abbrecherquoten in Ingenieurs- und Naturwissenschafts-Studiengängen vorgehen.